

Victor-Yves Ghebali

Die Beschlüsse des Sechsten Treffens des Rates der Außenminister der OSZE

Da der Ministerrat das zentrale beschlußfassende und leitende Gremium der OSZE ist, stellen seine Zusammenkünfte normalerweise wichtige Schritte im Leben und in der Entwicklung der Organisation dar. Das reguläre Treffen in Kopenhagen am 18. und 19. Dezember 1997, das sechste seiner Art, war diesbezüglich keine Ausnahme. Seine Bedeutung wurde zudem durch die Tatsache erhöht, daß der Rat im Jahre 1996 nicht zusammengetreten und das Treffen 1997 der erste Ministerrat war, seitdem die OSZE nach ihrem maßgeblichen und spektakulären Einsatz in Bosnien wieder neuen Auftrieb erhalten hatte.¹ Neben der üblichen Zusammenfassung des Vorsitzenden faßte der Kopenhagener Ministerrat acht formelle Beschlüsse.² Der auffallendste davon befaßt sich mit der Beschleunigung der Arbeit am Sicherheitsmodell. Die anderen betreffen die Entwicklung der menschlichen Dimension und die Annahme einiger überhasteter Maßnahmen zur Stärkung der OSZE-Strukturen.³

Die Beschleunigung der Arbeit am Sicherheitsmodell

Der Kopenhagener Ministerrat stellte einen Meilenstein auf dem langen Weg zu einem Sicherheitsmodell dar - ein Unterfangen, das in Gang gesetzt worden war, um die fortwährende Zurückweisung der wichtigsten formellen Vorschläge Rußlands zur Stärkung der OSZE, die in Wirklichkeit die NATO-Osterweiterung verzögern und behindern sollten, abzumildern.⁴ Die Arbeit am Sicherheitsmodell begann im März 1995 im Rahmen des Ersten Treffens des Hohen Rates auf der Grundlage eines Mandats, das auf dem Budapester Gipfel 1994 angenommen worden war. Der Mangel an

-
- 1 Obwohl der Ministerrat einmal pro Jahr zusammentreten soll, wurden 1994 und 1996 keine derartigen Treffen abgehalten; der letzte Ministerrat fand am 7. und 8. Dezember 1995 in Budapest statt.
 - 2 Vgl. für die endgültige Textversion: MC.DOC/1/97; vgl. ebenfalls MC(6)JOUR/1 und 2 sowie im vorliegenden Band: Sechstes Treffen des Rates der Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten am 18. und 19. Dezember 1997 in Kopenhagen, S. 465-481.
 - 3 Der Rat befaßte sich auch mit vier Berichten - zwei des Amtierenden Vorsitzenden (über die Stärkung der OSZE und über die Lage in Moldau), einem des Vorsitzenden des Ständigen Rates (über das Sicherheitsmodell) und einem der Ko-Vorsitzenden des Minsker Prozesses (über Berg-Karabach) - sowie einem Brief des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation und einem Brief des Vorsitzenden der Gemeinsamen Beratungsgruppe der Vertragsstaaten des KSE-Vertrags (alle Texte in MC.DOC/1/97).
 - 4 Für weitere Einzelheiten vgl. Victor-Yves Ghebali, L'OSCE et la négociation d'un document-charte sur la sécurité européenne, in: Défense nationale, Juli 1998, S. 106-119.

Übereinstimmung zwischen den Teilnehmerstaaten in Schlüsselfragen schloß von Anfang an drei Optionen aus: die Einführung rechtlich bindender Verpflichtungen in der militärischen Dimension der OSZE, die Revision des Helsinki-Dekalogs (hinsichtlich der Überarbeitung oder Neudefinition des Verhältnisses zwischen Prinzip IV über die territoriale Integrität der Staaten und Prinzip VIII über die Selbstbestimmung der Völker) und die Ausarbeitung von Regeln oder Leitlinien für eine klare - wenn nicht gar hierarchische - Arbeitsteilung unter den Sicherheitsorganisationen im OSZE-Gebiet. Das einzige Ergebnis, das 1995 unter dem ungarischen Vorsitz erzielt wurde, war die Erstellung einer systematischen Liste von Risiken und Herausforderungen, die das OSZE-Gebiet betreffen.⁵ Das ganze Unternehmen kam jedoch zum Stillstand, in erster Linie aufgrund amerikanischer Widerstände und auch infolge des schwindenden Interesses Rußlands. Das Lissabonner Gipfeltreffen (2. und 3. Dezember 1996) konnte daher nicht mehr tun, als die Absicht der Teilnehmerstaaten anzukündigen, "die Ausarbeitung einer Europäischen Sicherheitscharta *in Erwägung (zu) ziehen*" und mögliche Inhalte dafür zu umreißen.⁶

Die Bedeutung des Kopenhagener Ministerrates muß vor diesem nicht gerade vielversprechenden Hintergrund beurteilt werden. Die Teilnehmerstaaten *beschlossen*, "ein *ausführliches und substantielles* OSZE-Charta-Dokument über europäische Sicherheit auszuarbeiten".⁷ Sie legten weiterhin fest, daß ein solcher Text (im Einklang mit der OSZE-Tradition) politisch bindend sein und auf der Ebene eines Gipfeltreffens verabschiedet werden sollte.⁸ Bezüglich des Inhalts brachten sie in negativer Form zum Ausdruck, daß das Charta-Dokument den Konsens als Grundlage der OSZE-Beschlußfassung nicht abschaffen und keine neuen normativen Verpflichtungen formulieren, sondern vielmehr die bestehenden OSZE-Prinzipien bekräftigen würde. Positiv faßten sie eine Erhöhung der Wirksamkeit der OSZE ins Auge, die im wesentlichen auf zweierlei Weise erreicht werden soll: einerseits durch mögliche gemeinsame kooperative Maßnahmen in Fällen eindeutiger, eklatanter und fortwährender Verstöße gegen OSZE-Prinzipien und -Beschlüsse; andererseits durch die Stärkung der nichthierarchischen Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen

5 Vgl. REF.PC/418/95, 24. August 1995 (sowie Rev.1 und Rev.2). Die Liste wurde unter dem Schweizer Vorsitz fortgeschrieben, vgl. REF.PC/637/96, 9. Oktober 1996.

6 Lissabonner Dokument 1996, Erklärung von Lissabon über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert, Absatz 11, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1997, Baden-Baden 1997, S. 461-465, hier S. 465 (Hervorhebung durch den Autor).

7 Sechstes Treffen des Rates, Leitlinien für ein OSZE-Charta-Dokument über europäische Sicherheit (Beschuß Nr. 5 des 6. OSZE-Ministerrates am 18. und 19. Dezember 1997 in Kopenhagen), Absatz 3, a.a.O. (Anm. 2), S. 473-478, hier S. 474 (Hervorhebung durch den Autor).

8 Vgl. ebenda, Absätze 4 und 7, S. 474-475 und 478.

Sicherheitsorganisationen auf der Grundlage einer Plattform für kooperative Sicherheit, die Bestandteil des Charta-Dokuments sein soll.⁹

Der endgültige Inhalt des in Aussicht genommenen Charta-Dokuments ist gegenwärtig schwer abzusehen. Aber selbst wenn dieses nur eine begrenzte Anzahl substantieller Bestimmungen enthalten würde, wäre es das erste bedeutende Instrument gesamteuropäischer kooperativer Sicherheit - die Charta von Paris wurde durch die Ereignisse rasch überholt, und die Bedeutung der darauffolgenden auf Überprüfungskonferenzen und Gipfeltreffen verabschiedeten OSZE-Dokumente (mit Ausnahme des Verhaltenskodex) erschöpft sich im jeweiligen Kontext.

Die weitere Entwicklung der menschlichen Dimension

Der Rat faßte hier zwei Beschlüsse: Der eine betraf das zentrale Element zur Förderung der Einhaltung von OSZE-Verpflichtungen (Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension), der andere ein spezifisches Feld von entscheidender Bedeutung für die menschlichen Dimension, die Freiheit der Medien.

Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension

Der Ministerrat beauftragte den Ständigen Rat, in engerer Zusammenarbeit mit dem BDIMR spätestens bis zur Sommerpause 1998 eine Reihe neuer Maßnahmen zu erarbeiten, welche die Wirksamkeit der im Zweijahresrhythmus stattfindenden Treffen zu Fragen der menschlichen Dimension verbessern sollen.¹⁰ Diesen Treffen war insbesondere von der amerikanischen Commission on Security and Cooperation in Europe und einer Reihe von Teilnehmerstaaten vorgeworfen worden, keine ausreichende Schwerpunktsetzung vorzunehmen bzw. nicht zu tiefergehenden Diskussionen fähig zu sein.

Der Ständige Rat erfüllte diese Aufgabe im Juli 1998. Sein Beschluß führte in Abänderung und Ergänzung des Helsinki-Dokuments von 1992 (Kapitel VI, Absatz 9) drei Neuerungen ein, die auf den Erfahrungen seit 1993 beruhen. Erstens verringerte er die Dauer der zweijährlichen Treffen von drei Wochen auf zehn Arbeitstage, von denen die ersten acht Tage für Diskussionen in *Arbeitsgruppen* bestimmt sind. Zweitens empfahl der Ständige Rat den Teilnehmerstaaten, (insbesondere zu den abschließenden Plenarsitzungen) nicht nur Experten, sondern hochrangige Vertreter zu

9 Vgl. ebd., Absätze 5 (b) und (e), S. 475-476. Der Anhang von Beschluß Nr. 5 des 6. OSZE-Ministerrates, ein "Gemeinsames Konzept für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen einander verstärkenden Institutionen" (ebd., S. 479-481) stellt die Grundlage für diese Plattform dar.

10 Vgl. MC(6).DEC/4.

entsenden, und zwar diejenigen Personen, die für die Ausarbeitung der jeweiligen nationalen Politik zu Fragen der menschlichen Dimension verantwortlich sind. Drittens sah er kurze eintägige "zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension" (in der Regel dreimal jährlich) im Rahmen des Ständigen Rates selbst vor. Das Ziel dieser Treffen besteht darin, wesentliche Anliegen, die beim vorangegangenen OSZE-Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension oder bei der vorangegangenen Überprüfungskonferenz vorgebracht wurden, zu erörtern und sicherzustellen, daß diese und die Seminare zur menschlichen Dimension weiterverfolgt werden.¹¹

Freiheit der Medien

In Übereinstimmung mit dem zuvor im Ständigen Rat verabschiedeten Mandat ernannte der Ministerrat Freimut Duve (Deutschland) zum OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit.¹² Der neue Beauftragte, dessen Büro sich in Wien befindet und aus dem ordentlichen Haushalt finanziert wird, hat ein Mandat, das offensichtlich (mit den notwendigen Änderungen) dem des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten nachempfunden ist. Wie letzterer soll er eine herausragende internationale Persönlichkeit sein; sein Büro bleibt unabhängig vom Wiener Sekretariat (der Beauftragte soll ausdrücklich unter der Ägide des Ständigen Rates und in Abstimmung mit dem Amtierenden Vorsitzenden arbeiten). Noch wichtiger ist, daß er *Frühwarn- und Frühmaßnahmenfunktionen* auf einem Gebiet erfüllen soll, dem im Bereich der menschlichen Dimension strategische Bedeutung zukommt: Freie, unabhängige und pluralistische Medien sind in der Tat entscheidend für jedes freie und verantwortungsbewußte Regierungssystem. Die Idee eines Beauftragten, ein Lieblingsvorschlag Deutschlands, wurde 1996 vorgebracht. Sie ließ sich nicht leicht umsetzen. Lange Verhandlungsmomente waren notwendig, um zwei wesentliche Einwände einer Reihe von Teilnehmerstaaten auszuräumen. Der erste betraf die Furcht vor unerwünschter Doppelarbeit mit bereits bestehenden zwischenstaatlichen Institutionen (namentlich den Vereinten Nationen und ihren einschlägigen Spezialagenturen sowie dem Europarat). Der zweite richtete sich auf die Beziehungen des Beauftragten zum BDIMR: Viele Delegationen wollten die Effizienz des BDIMR erhalten, insbesondere bei der Überwachung von Wahlen. Freimut Duve trat sein Amt am 1. Januar 1998 an und hat seitdem nützliche Aktivitäten auf dem Balkan, in Mitteleuropa und im Kaukasus aufgenommen.¹³

11 Vgl. PC.DEC/241, 9. Juli 1998, Anhang.

12 MC(6).DEC/1 bzw. PC.DEC/193 vom 5. November 1997 zum Beschluß des Ständigen Rates.

13 Vgl. FOM.GAL/1 bis 8 (1998).

"Flickwerk" zur Verbesserung von OSZE-Strukturen

Die Frage der Strukturen ist für eine Institution wie die OSZE, die unter strukturellen Gesichtspunkten noch im Entstehen ist, nicht unwichtig. In diesem Bereich behandelte der Rat drei spezifische Themen: das OSZE-Sekretariat, finanzielle Ressourcen und Gipfeltreffen.

Das OSZE-Sekretariat

Auf der Grundlage eines Sonderberichts des Amtierenden Vorsitzenden beauftragte der Ministerrat den Ständigen Rat, eine zeitlich unbegrenzte informelle Expertengruppe einzurichten, die "mögliche Wege zur Erweiterung der operativen Fähigkeiten des Sekretariats untersuchen" soll mit dem Ziel, bis spätestens September 1998 eine Reihe entsprechender Entscheidungen zu treffen.¹⁴ Dieser Beschluß spiegelte das weitverbreitete Bewußtsein der zunehmenden Belastung eines kleinen Sekretariats bei seiner Unterstützung für die vielfältigen Aufgaben des Amtierenden Vorsitzenden wider, das sich unter den Teilnehmerstaaten, insbesondere seit der Ernennung von Generalsekretär Giancarlo Aragona, herausgebildet hatte. Es besteht jedoch keinerlei Konsens darüber, dem Sekretariat eine andere als eine administrative und unterstützende Rolle zuzuweisen. Alle Delegationen sind nach wie vor davon überzeugt, daß der Amtierende Vorsitzende und die Troika Vorrang in allen OSZE-Angelegenheiten haben sollen. Auf jeden Fall würde eine Neudefinition der Rolle des Generalsekretärs unvermeidlich eine Reihe heikler Fragen aufwerfen (Ermächtigung, rechtlicher Status und Erhöhung der Finanzmittel der OSZE), die anzugehen die Teilnehmerstaaten weder willens noch gar in der Lage sind. In der OSZE ist der *Status quo* im allgemeinen der kleinste gemeinsame Nenner zwischen den Teilnehmerstaaten. Als solcher ermöglicht er ihnen, endlose Debatten und kleinlichen Streit zu vermeiden.

Unter diesen Umständen konnte das Ziel der unter der Leitung von Botschafter Lars Vissing eingeleiteten Arbeiten nur auf Rationalisierung und Rentabilität hinauslaufen; sie konnten jedoch nicht die Probleme lösen, die aus dem fehlenden politischen Willen der Regierungen, ein starkes Sekretariat zu schaffen, sowie aus dessen rein organischem Wachstum herrühren. Die grundlegende Idee ist die, alle Aufgaben des Sekretariats in zwei Kategorien einzuteilen: Die eine umfaßt Missionsüberwachung, Sicherheitsfragen und Arbeitsbeziehungen zu anderen Organisationen, die andere die Reorganisation von Verwaltungs- und Unterstützungsaufgaben - beides in der Verantwortung einer besonderen Abteilung.¹⁵ Ob solche "Aus-

14 MC(6).Dec/3; zum Bericht des Amtierenden Vorsitzenden: MC.DEL/13/97, 17. Dezember 1997 (eigene Übersetzung).

15 Vgl. PC./DEL/246/98, 9. Juni 1998 (sowie Add. 1 vom 22. Juni 1998, Rev.1 vom 29 Juni 1998 und Rev. 2 vom 6. Juli 1998).

besserungsarbeiten" zu positiven Ergebnissen führen, ist noch nicht sicher. Es wird weitgehend davon abhängen, ob der Ständige Rat lediglich einen Rahmen festlegen wird (und es dem Generalsekretär überläßt, die Einzelheiten auszuarbeiten) oder ob er sich die Mühe macht, ins Detail zu gehen - und in diesem Fall dem Sekretariat zusätzliche Zwänge auferlegt. Jedenfalls sollte nicht erwartet werden, wie Botschafter Vissing selbst einräumte, "daß strukturelle Veränderungen an sich schon optimale Arbeitsbeziehungen schaffen".¹⁶

Beitragszahlungen

Obwohl die OSZE von allen Sicherheitsinstitutionen am wenigsten kostet, leidet sie unter den üblichen Problemen der Nichteinhaltung finanzieller Verpflichtungen (Zahlungsverzug, anwachsende Rückstände) und vor allem unter dem Widerstreben der Regierungen, Aktivitäten zu finanzieren, denen sie selbst im Konsens zugestimmt haben. Daher bestand eines der Hauptziele des dänischen Vorsitzes im Jahre 1997 darin, der OSZE zu helfen, eine ihrer erklärten Politik entsprechende finanzielle Ausstattung zu erhalten, also eine, die mit den politischen Beschlüssen und dem gewachsenen Umfang und Ausmaß an Aufgaben, die der Organisation übertragen wurden, übereinstimmt. Der erste offensichtliche Schritt in diese Richtung erforderte eine Überarbeitung des Verteilerschlüssels und der Kriterien für die Finanzierung von OSZE-Aktivitäten. Hier traf der dänische Vorsitz auf unüberwindbare Hindernisse: Die meisten Teilnehmerstaaten lehnten eine Anpassung des OSZE-Verteilerschlüssels für die Beiträge ab, der im Helsinki-Dokument von 1992 festgelegt worden war.¹⁷ Als Kompromiß wurde schließlich ein neuer Verteilerschlüssel, der nur auf "große OSZE-Missionen und -Projekte" (mit einem verabschiedeten Haushalt in Höhe von 185 Millionen österreichischen Schillingen oder mehr¹⁸) anwendbar ist, mit einer Laufzeit vom 1. Januar 1998 bis zum 31. Dezember 2000 angenommen. Dies gilt bis zu einer allgemeinen Überprüfung des Verteilerschlüssels und der Kriterien für die Finanzierung von OSZE-Aktivitäten, die vor dem nächsten Gipfeltreffen vorgenommen und diesem mit dem Ziel, neue Modalitäten zu schaffen, die ab 2001 angewendet werden können, vorgelegt werden soll.¹⁹ Darüber hinaus wurde vereinbart, parallel dazu für derartige Missionen und Projekte ein System freiwilliger Zahlungen von Teilnehmerstaaten, OSZE-Kooperationspartnern und aus anderen möglichen Quellen beizubehalten. Der neue Schlüssel, der

16 PC.DEL/246/98, Absatz 1(i) (eigene Übersetzung).

17 Es sollte in Erinnerung gerufen werden, daß dieser Verteilerschlüssel, der den Verteilerschlüssel von 1973 fortschrieb, nach dem der Helsinki-Prozeß arbeitete, nicht die Kriterien der Vereinten Nationen anlegt: Einige Staaten zahlen offensichtlich zuwenig (USA: neun Prozent) und einige andere zuviel (Italien genausoviel wie die USA, Spanien mehr als die Schweiz usw.).

18 100 ATS sind umgerechnet 14,21 DM bzw. 7,90 US-Dollar (Stand: 20. August 1998).

19 Vgl. MC(6).DEC/8.

auf die Kroatien-Mission angewendet wurde, könnte ebenfalls für eine mögliche (aber heute noch unwahrscheinliche) Operation in Berg-Karabach gelten. Auch wenn dieser begrenzte Konsens über Haushaltsfragen sicherlich positiv und begrüßenswert ist, zeigt er doch einmal mehr die Präferenz der Regierungen für "Flickwerk" anstelle substantieller und dauerhafter Lösungen.

Die Frage der Gipfeltreffen

Der Ministerrat beschloß, daß "beim nächsten Gipfeltreffen über die Häufigkeit künftiger OSZE-Gipfeltreffen"²⁰ entschieden werden soll. Dieser Beschluß, der eine Rückkehr zu alten Praktiken des Helsinki-Prozesses andeutet, ist sicherlich klug. Als feierliche Anlässe und kostspielige Treffen sollten Gipfeltreffen bedeutsame Beschlüsse erzielen. Der 1990 in der Charta von Paris festgelegte Zweijahresrhythmus war sicherlich zu häufig. Er birgt die Gefahr in sich, die Gipfeltreffen zu banalisieren und somit die politische Glaubwürdigkeit der OSZE zu beschädigen. Im Jahre 1994 hatten die Teilnehmerstaaten auf der Überprüfungskonferenz in Budapest den Lissabonner Gipfel von 1996 beauftragt, einen Beschluß über die Häufigkeit künftiger Treffen zu fassen. Obwohl der gesunde Menschenverstand sagt, daß ein Gipfeltreffen kein Selbstzweck ist, sondern einen tatsächlichen Bedarf widerspiegeln sollte, sich zu treffen und wirklich wichtige Beschlüsse statt solcher in Routineangelegenheiten zu fassen, wurde in Lissabon kein Konsens in dieser Frage erzielt. Auch heute ist das Problem noch immer kontrovers: Einige Staaten, wie z.B. Rußland, bevorzugen den bisherigen Rhythmus, andere (das Vereinigte Königreich) könnten ganz ohne Gipfeltreffen auskommen, und eine Reihe von Regierungen scheint einen längeren Zeitraum (drei oder vier Jahre) vorzuziehen.

Es ist schon vielsagend, daß sich die Delegationen 1997 in Kopenhagen weder auf einen *Termin* noch auf einen *Austragungsort* für das nächste OSZE-Gipfeltreffen einigen konnten. Bezüglich des Termins konnten sie sich lediglich - wie von den USA gewünscht - darauf einigen, ihn an den Fortschritt der Arbeiten am Sicherheitsmodell zu binden, insbesondere die Ausarbeitung des Charta-Dokuments über europäische Sicherheit. Als Kompromiß einigte man sich darauf, daß "der fragliche Termin bis Ende März 1998 auf einer Sitzung des erweiterten Ständigen Rates im Anschluß an die Bewertung der Fortschritte bei der Ausarbeitung eines Charta-Dokuments über europäische Sicherheit festgelegt werden soll".²¹ Seitdem hat es keinen klareren Beschluß gegeben als denjenigen, daß das nächste Gipfeltreffen "im Sommer/Herbst 1999" stattfinden soll; der nächste

20 MC(6).DEC/6 (eigene Übersetzung).
21 Ebenda (eigene Übersetzung).

Ministerrat, der im Dezember 1998 in Oslo zusammentreten wird, soll über das genaue Datum entscheiden.²²

In der zweiten Frage rief der Ministerrat kurz "die fortbestehende Einladung der Türkei, Gastgeber des nächsten Gipfels zu sein", in Erinnerung.²³ Dies war ein versteckter, gleichwohl deutlicher Hinweis auf die Schwierigkeiten, die einige Delegationen mit Ankaras Einladung haben. Mitte März 1998 kam der Ständige Rat darin überein, daß die Regierungen die "endgültige Entscheidung" sowohl über den Austragungsort des nächsten Gipfeltreffens als auch über einen genaueren Termin bis Mitte Mai 1998 treffen werden.²⁴ Hauptsächlich aufgrund des Widerstandes von Seiten Armeniens blieb diese Frage jedoch bislang ungelöst. Rußland scheint zur Zeit die Verschiebung des Gipfeltreffens auf das Jahr 2000 zu favorisieren, damit das Charta-Dokument feierlich in Moskau angenommen werden kann. Jedenfalls kommt der gegenwärtige Stillstand all denjenigen Staaten gelegen, die einem Charta-Dokument nur widerstrebend oder wenig begeistert gegenüberstehen.

Schlußfolgerung

Über die obengenannten Beschlüsse hinaus war sich der Kopenhagener Ministerrat auch über die Notwendigkeit einig, dem Prozeß der "regionalen Stabilisierung", wie er in Artikel V von Annex I-B des Dayton-Abkommens vorgesehen ist, neue Impulse zu geben. Dementsprechend empfahl er dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden, Botschafter Henry Jacolin, Konsultationen über ein präzises Mandat aufzunehmen und einen Verhandlungsprozeß einzuleiten mit dem Ziel, "bis zum Sommer 1998" zu Ergebnissen zu gelangen. Er legte darüber hinaus fest, daß Bosnien-Herzegowina durch eine einzige Delegation vertreten sein muß und daß Schritte in Richtung einer regionalen Stabilisierung auf dem Balkan weder Verpflichtungen aus früheren regionalen Abkommen noch den KSE-Vertrag verändern dürfen.²⁵ Botschafter Jacolin hat sein Amt erst Ende Februar angetreten, und der Prozeß steht noch ganz am Anfang.²⁶

Obwohl er kein historisch bedeutendes Treffen war, legte der Kopenhagener Ministerrat alles in allem Zeugnis davon ab, daß die OSZE weiter vital ist und sich langsam erweitert.

22 Vgl. PC.DEC.222 vom 31. März 1998.

23 MC(6).DEC/8.

24 PC.DEC.222 vom 31. März 1998 (Anhang: Erklärung des Vorsitzenden).

25 MC(6).DEC.2.

26 Zu einem kurzen Bericht über die Fortschritte vgl. PC.DEL/225/98 und CIO.GAL/23/98 vom 28. Mai 1998.